

Alemannenstraße 2
Anwohner gegen Ausbau

Gesundheits"reform" 3
Ungerecht und unbezahlbar

Soziales Engagement in Reinickendorf

Im Gespräch: Die Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm (DIE LINKE) und die Superintendentin im evangelischen Kirchenkreis Reinickendorf Beate Hornschuh-Böhm

Sozialsenatorin Carola Bluhm traf am 19. August mit Superintendentin und Pfarrerin Beate Hornschuh-Böhm im Herrmann-Ehlers-Haus in Wittenau zu einem freundschaftlichen Gespräch zusammen.

Sie wurde von Felix Lederle, Mitglied des Landesvorstandes der Berliner LINKEN, Yusuf Dogan, Bezirksvorsitzender und weiteren Mitgliedern des Bezirksvorstandes der Reinickendorfer LINKEN begleitet.



Die Superintendentin und weitere Verantwortliche der evangelischen Kirche in Reinickendorf vermittelten ein eindrucksvolles Bild über das soziale Engagement der Kirchengemeinden „rund um und jenseits ihres Kirchturms“.

Besonders interessiert zeigte sich die Sozialsenatorin an den Erfahrungen der Kirche beim Kampf gegen die strukturelle Armut im Bezirk, bei der Entwicklung des Ehrenamtes, der interkulturellen Öffnung der Diakonie und der Einstellung auf neue Bedürfnisse und Lebensformen der Menschen.

Carola Bluhm kritisierte u. a. die Hartz-IV-Pläne von Bundessozial-

ministerin Ursula von der Leyen. Ihre Darlegungen zu den Zielen eines Partizipations- und Integrationsgesetzes in Berlin fanden viel Verständnis bei den Kirchenvertretern. Wie bekannt, verbinden die LINKE und die evangelische Kirche in Reinickendorf - wie viele andere politische und gesellschaftlichen Kräfte im Bezirk - damit die Erwartung, dass Reinickendorf endlich eine den Bevölkerungsanteilen der Ausländer und Migranten adäquate demokratische Vertretung im Bezirk (Integrationsbeauftragte, -beirat) erhält.

Frau Hornschuh-Böhm benannte die vielschichtigen Probleme, die es natürlich auch in diesem Bezirk gebe. Gewaltprobleme, die zunehmend von Jugendlichen ausgehen sowie zwischen ihnen, bereiten derzeit viele Sorgen. Allerdings, wie viele vermuten, weniger im MV als in anderen Teilen des Bezirks.

Die veränderte Rolle der Kirche und der Diakonie, der Sinn von sozialer Arbeit in der heutigen Gesellschaft, aber auch die Verantwortung der Bessergestellten und die ambivalente Stellung der ehrenamtlichen Tätigkeit wurden thematisiert. So wurde betont, dass das zunehmende Interesse am Ehrenamt nicht nur der Gesellschaft positiven Nutzen bringe, sondern dass die Tätigen durch ihre Arbeit sich oft auch selbst verwirklichen könnten.

Niederschwellige kirchliche und staatliche Angebote im Bereich von Jugend-, Familien- und Sozialpolitik müssten sich sinnvoll ergänzen. Die Öffnung von Spiel- und Sportplätzen und die Übertragung von Verantwortung schütze diese oft vor Vandalismus, betonte Carola Bluhm.

Einig war man sich auch in der Einschätzung, dass die unterschiedlichen Bereiche wie etwa die Bau-, Stadt-, Integrations- und Bildungsentwicklung thematisch zusammengedacht- und geführt werden müssen. Die nach wie vor sehr unterschiedlichen Startbedingungen für Kinder und Jugendliche bilden die Grundlage für Erfolg und Nichterfolg im gesamten Leben. Hier tragen Staat, Kirche und Gesellschaft gemeinsame Verantwortung für eine projekt- und problembezogene Zusammenarbeit.



Im Namen der Reinickendorfer LINKEN unterbreitete Yusuf Dogan der evangelischen Kirche Vorschläge zur Unterstützung der Aktion „Laib und Seele“, die mit Dank angenommen wurden.

Jürgen Schimrock

Mehr Infos unter:
www.kirchenkreis-reinickendorf.de

www.berlin.de/sen/ias/

www.carola-bluhm.de

Fotos:
J. Schimrock

Abzocke Alemannenstraße

CDU beleidigt Bürger – der Unmut wächst
„WiR“ sprach mit Dr. Olaf Duus aus Frohnau

Am 30. Juni wurden die Weichen gegen die Anwohner der Alemannenstraße gestellt. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat mit den Stimmen der CDU und des Einzelverordneten Sascha Braun (ehemals SPD) die „Erneuerung und Verbesserung der Alemannenstraße zwischen Maximiliankorso und Neubrücker Straße“ beschlossen. („WiR“ berichtete)

Die Anwohner hatten versucht, auf die geplante „Luxus-sanierung“ Einfluss zu nehmen, doch dieses gelang ihnen nur unzureichend. Der Unmut ist groß, so der Mitbegründer der Bürgerinitiative (BI) Olaf Duus in einem Gespräch mit „WiR“.

Trotz eines auf eigene Kosten von der BI in Auftrag gegebenen Gutachtens seien die ursprünglichen Sanierungspläne seitens des Bezirksamtes kaum verändert, die Vorschläge der BI kaum berücksichtigt worden. Die von der CDU in der BVV geführte Debatte war teilweise „fast beleidigend“ gegenüber den anwesenden Anwohnern. Relevante Grundaussagen des Anwohner-Gutachtens wurden nicht richtig wiedergegeben.

Widersprüche und Ungereimtes

Zur Kasse gebeten werden nach dem Straßenausbaubeitragsgesetz ((StrABG) zu einem Drittel der Senat und zu zwei Dritteln die Anwohner - deren offene Fragen bleiben aber unbeantwortet. Olaf Duus: „Nach wie vor ist völlig unklar, warum in Reinickendorf der Straßenausbau nach dem neuen Gesetz, das wir nicht grundsätzlich ablehnen, mit unserer Straße begonnen wird. Viele andere Straßen, gerade in Frohnau, haben weitaus dringenderen Bedarf.“ Ein Teil der Alemannen-

straße zwischen Maximiliankorso und Ortwinstraße sei sogar in gutem Zustand, würde wohl noch zehn Jahre halten. Hier werde ohne Not „erneuert“. Für Olaf Duus bleibt u. a. die Frage unbeantwortet, ob das Bezirksamt strategisch geplant habe, damit eine Kostenabrechnung nach dem StrABG möglich ist. Es gebe viele Ungereimtheiten. So soll nach der Sanierung aus einer Straße der Klasse VI (Anliegerstraße) eine der Klasse IV (Durchgangsstraße) werden. Werde etwa Lastverkehr geplant, der über Stolpe schneller zur Autobahn gelangt? Zweifel gebe es auch an der Seriosität der im Vorfeld der Planungen durchgeführten Verkehrszählung. Wurden Zahlen geschönt, um Durchgangsverkehr zu konstatieren?

Ehrung und Beerdigung

Betrachte man die ökologischen Auswirkungen der „Erneuerungen“, wird die Unlogik der CDU-Argumente sehr deutlich. So werde einerseits der Architekt der ökologisch wertvollen oberirdischen Entwässerung in der Gartenstadt Frohnau während der 100-Jahr-Feierlichkeiten geehrt. Aber durch die Sanierungsplanung wird eben dieser Effekt zerstört. Widersprüchlich auch Bündnis 90/Grüne. Der Forderung, dass „zukünftige Straßenbaumaßnahmen in Frohnau“ auch die ökologische „Gesamtanlage der Oberflächenentwässerung“ erhalten müssten, stand die Abstimmungsenthaltung zweier Verordneter gegenüber.

Die Planung sei fragwürdig und lege die Vermutung nahe, dass die CDU-dominierte BVV hier Konflikte mit Anwohnern schürt, um das von der Partei ungewollte Gesetz in Verzug zu bringen. Werde hier ein stadtpolitischer Konflikt auf dem Rücken der Reinickendorfer und Reinickendorferinnen ausgetragen?

durch die Modernisierung „nachhaltig zu senken und somit einen wesentlichen Beitrag zu einer stabilen Mietenstruktur zu leisten sowie den ökologischen Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden“.

Die Betriebskosten-Reduktion um 28,4 Prozent hält die Erhöhung der Bruttowarmmiete um 3,5 Prozent im prognostizierten Rahmen - bei erheblicher Wohnwerterhöhung. So sollte es sein. Gelungen. J.S.

BVV-Splitter

43. Sitzung, 30.6.2010

Einwohnerfragen stellten Barbara Odebrecht, Mitglied des Bezirksvorstandes der Reinickendorfer LINKEN, und Dr. Duus, Sprecher der BI Alemannenstraße.

Bezirksstadtrat Höhne (SPD) beantwortete eine Große Anfrage der CDU über die „**Situation im Maßregelvollzug**“ (Drs.-Nr.: 1159/XVIII). Er wies nach, dass es keine Überbelegung über die vom Abgeordnetenhaus mit Zustimmung der CDU beschlossene Zahl von 362 plus 60 Planbetten hinaus im Krankenhaus für den Maßregelvollzug gebe und für die Reinickendorfer Bürger kein Anlass für Besorgnis bestehe.

In namentlicher Abstimmung beschloss die BVV die „**Erneuerung und Verbesserung der Alemannenstraße zwischen Maximiliankorso und Neubrücker Straße**“ (Drs.-Nr.: 1041/XVIII). Dafür sprachen sich 27 der 53 anwesenden Bezirksverordneten aus. Mit unterschiedlichen Mehrheiten wurden Ersuchen der SPD und FDP zum Ausbau der Alemannenstraße abgelehnt. Ein Ersuchen von B90/Grüne zur Straßentwässerung in Frohnau wurde einstimmig angenommen. Die CDU kam mit ihrem Antrag „**Ablehnung des Straßenausbaubeitragsgesetzes**“ (Drs.-Nr.: 1210/XVIII) durch.

In einer emotionsgeladenen Debatte verteidigte **Baustadtrat Lambert (CDU)** das im Investitionsplan von der BVV beschlossene Sanierungsprojekt. Er habe – wie im Straßenausbaubeitragsgesetz (StrABG) vorgeschrieben - die Diskussion mit den betroffenen Bürgern geführt, sie mehrfach eingeladen und ihre Vorschläge sehr ernst genommen. Das Ergebnis seien eine 20-prozentige Kostenreduzierung, die Entsiegelung von Flächen; es bleibe bei einer dezentralen Regenentwässerung. Nun müsse gehandelt werden. Seine sachlichen Darlegungen entwertete er mit groben Ausfällen gegen die betroffenen, z.T. im Publikum anwesenden Anwohner und gegen die Fraktionen von FDP und SPD. Diese verwahrten sich gegen die Beschuldigungen, hielten angesichts einer Reihe wichtiger offener Fragen die Vorlage des Bezirksamtes nicht für entscheidungsreif. Wenn die CDU - so der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion - gegen das StrABG sei, weil ihr Interessen der Einwohner so wichtig seien, könnte sie die Sanierung verschieben. F. Wilhelm



Mehr Infos zu kommunalen Themen und der BVV unter: www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales/

Gebäudesanierung auf gutem Weg

Der „Sachstandsbericht über den Verlauf der Modernisierungsmaßnahmen im Märkischen Viertel, Juli 2010“ der GESOBAU zeichnet ein gutes Bild. Bis Ende des nächsten Jahres werden mehr als 40 Prozent der Wohnungen fertig gestellt sein.

Es wird gelingen, die Betriebskosten für Warmwasser und Heizung

Quelle:

Drucksache Nr. 0874/XVIII der BVV Reinickendorf vom 28. August 2010, „Bericht über Sanierung im MV“

Gesundheit!

Unentbehrlich - und bald unbezahlbar?

Nach Hartz IV und Rentenkürzung ist der anvisierte Systemwechsel in der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) der dritte großangelegte Angriff auf den Sozialstaat in diesem Jahrzehnt.

Seit über zwanzig Jahren verfolgen diverse Bundesregierungen das Ziel, die Sozialausgaben der Unternehmen zu reduzieren und sie den Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentnern aufzulasten. Im Bereich Gesundheit wurden Zusatz- und Sonderbeiträge, Zuzahlungen und Praxisgebühren zu Lasten der Versicherten eingeführt, während gleichzeitig Teile der medizinischen Versorgung aus dem Leistungskatalog der Kassen gestrichen wurden.

Jeder nach seinen Möglichkeiten

Krankheit kann jeden treffen. Im Krankheitsfall müssen alle eine umfassende Gesundheitsversorgung erhalten - unabhängig von ihrem Einkommen. Das Solidarprinzip in der GKV soll die materielle Überlastung des Einzelnen verhindern. Alle Versicherten zahlen, entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten, unterschiedlich hohe Beiträge und haben dennoch Anspruch auf sämtliche erforderliche Leistungen.

Umverteilung ist nicht neu

Die Weichen für die Umverteilung der Gesundheitskosten wurden bereits 2004 von SPD und Grünen gestellt, die für die Versicherten einen „Sonderbeitrag“ in Höhe von 0,9 Prozentpunkten einführen.

SPD und Union setzten 2009 diesen Weg mit dem „Gesundheitsfonds“ fort. Die Höhe des Beitragsatzes wird durch die Bundesregierung festgelegt. Derzeit beträgt der allgemeine Beitragsatz zur GKV 14,9 Prozent.

Sofern eine Krankenkasse mit dem ihr zugewiesenen Geld nicht auskommt, kann sie einen Zusatzbeitrag von den Versicherten erheben; bis zu acht Euro im Monat pauschal oder bis zu einem Prozent des Jahreseinkommens. Die Arbeitgeber bleiben dabei außen vor!

Die angestrebte Kopfpauschale von Union und FDP löst kein einziges Problem, sondern schafft nur neue. Alle sollen den gleichen Beitrag bezahlen, unabhängig vom Einkommen. Für Geringverdiener soll es zwar einen „Sozialausgleich“ durch Steuergelder geben. Aber erst, wenn die Gesundheitskosten aus allgemeinen und Zusatzbeiträgen zusammen mehr als 10,2 Prozent des Einkommens der Versicherten betragen. So viel Beitrag gab es noch nie!

Aber: Der Zusatzbeitrag ist nicht nur unfinanzierbar. Er ist und bleibt auch unsozial: *Erstens* würden bis zu 40 Prozent der Bevölkerung zu Bittstellern beim Staat. *Zweitens* bezahlen Menschen mit geringem Einkommen beispielsweise mit der Mehrwertsteuer genau die Steuern, aus denen der „Sozialausgleich“ finanziert werden soll. *Drittens* wird der „Sozialausgleich“ schnell die Begehrlichkeiten des Finanzministers wecken.

Ende der solidarischen Parität

Der Arbeitgeberanteil zur GKV soll künftig bei 7,3 Prozent eingefroren werden. Alle zukünftigen Ausgabensteigerungen müssen von den Versicherten gezahlt werden.

Mit „Festzuschüssen“ und „Mehrkostenregelungen“ will Schwarz-Gelb durch die Hintertür die Leistungen auf eine Grundversorgung reduzieren. Damit wird die Zwei-Klassen-Medizin endgültig zum Behandlungsstandard.

Verschlechterungen für alle

Die Zerschlagung einer umfangreichen Gesundheitsversorgung für alle soll die Grundlage für einen profitablen „Gesundheitsmarkt“ schaffen. Die Angst vor schlechter Versorgung führt zu höheren Gesundheitsausgaben bei Besserverdienenden - ohne bessere Gesundheitsleistungen. Zugleich aber sinken die Gesundheitsleistungen für die Ärmern und steigen die Profite der Anbieter.

Gute Versorgung für alle ist also im Interesse sowohl der Ärmern als auch der Reicheren!

Die Alternative:

DIE LINKE will den solidarischen Charakter der gesetzlichen Krankenversicherung erhalten und stärken!

Eine „**Bürgerinnen- und Bürgerversicherung**“ schafft eine solidarische Finanzierung, die alle Menschen und alle Einkünfte einbezieht - als Grundlage für ein Gesundheitssystem in dem der Mensch und seine Gesundheit im Mittelpunkt steht und nicht der Profit.

Eckpunkte einer Solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung:

- Alle Menschen, die in Deutschland leben, werden Mitglied.
- Jede und jeder erhält ab Geburt einen eigenen Krankenversicherungsanspruch.
- Alle zahlen nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit und auf Grund aller Einkommen ein.
- Die Beitragsbemessungsgrenze wird angehoben und perspektivisch aufgehoben.
- Die Arbeitgeber zahlen wieder die Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge.
- Praxisgebühr und andere Zuzahlungen sowie Zusatz- und Sonderbeiträge werden abgeschafft.
- Die private Krankenvollversicherung wird abgeschafft.
- Die Bürger/-innenversicherung garantiert für alle Menschen eine umfassende Gesundheitsversorgung unabhängig vom Wohnort, Einkommen, Alter, Geschlecht oder Aufenthaltsstatus.

Mehr Infos unter:
www./die-linke.de/gesundheits

Alle Beiträge aus Veröffentlichungen der Linksfraktion im Bundestag.
Zusammenstellung: Lutz Dühr



Schwarz-Gelbes Fernziel: Gesundheit als Ware

Aus dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP:

„Wir wollen, dass das allgemeine Wettbewerbsrecht als Ordnungsrahmen grundsätzlich auch im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung Anwendung findet ... Wir wollen die Möglichkeiten ausbauen, dass auch außerhalb des gesetzlich finanzierten Bereichs Gesundheits- und Pflegeleistungen angeboten werden können.“

Die „Flotte Lotte“ wird 25!

Rat, Tat und viel Unterstützung für Frauen

Dem Alter mit Gelassenheit entgegen sehen? Zufriedenheit erlangen? Diese Fähigkeiten zu erlernen, erscheint verlockend. Diese Möglichkeit - und viele andere - bietet das Kommunikations- und Lernzentrum für Frauen „Flotte Lotte“. Es feiert in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen. Wir gratulieren sehr herzlich.

Die Einrichtung im Märkischen Viertel, die 1985 als „Verein Flotte Lotte - Frauen und Mütter im Berliner Norden e.V.“ gegründet wurde, wird inzwischen von Frauen unterschiedlichen Alters und Herkunft aus dem gesamten Bezirk Reinickendorf und anderen Bezirken besucht.

Für jede etwas im Angebot

Die Interessen sind dem jeweiligen Alter entsprechend verschieden. Die jüngeren möchten sich überwiegend beruflich neu orientieren, die älteren beispielsweise ihre Computerkenntnisse vertiefen oder diese überhaupt erst erlangen. Manche aber suchen nur das Gespräch oder wollen sich einen Rat holen.

Die „Flotte Lotte“ kann all diesen Wünschen gerecht werden. Sie verfügt über ein umfangreiches Kursprogramm, das durch öffentliche Mittel gefördert wird. Dadurch kann die Teilnahmegebühr dem jeweiligen Geldbeutel angepasst werden. Neben dem Kursangebot findet jeden Dienstag ein Frauenfrühstück statt, bei dem sich die Besucherinnen austauschen können.

Migrantinnen finden im Sprachcafé die Möglichkeit, deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben bzw. zu vertiefen oder Kontakte zu Nachbarinnen zu knüpfen. Frauen in Krisensituationen erhalten Unterstützung, finden auch mit Kindern in einer der drei Wohnungen Zuflucht.

Ratsuchenden stehen u. a. zwei Anwältinnen für Fragen des Sozial- und Arbeitsrechts und des Familienrechts zur Verfügung. Die Beratungsg Gebühr ist gering, auch völlig Mittellose werden nicht abgewiesen.

Engagierte Mitarbeiterinnen

Die Einrichtung wird seit 1990 - also seit nunmehr 20 Jahren - von Agnes Steyer-Fontana (s. Foto) geleitet, die nach der Geburt ihrer Kinder ein Studium für Erwachsenenbildung absolvierte. Sie ist auch Vorsitzende des Beirats für Frauen- und Mädchenangelegenheiten im Bezirksamt Reinickendorf und arbeitet eng mit der Frauenbeauftragten Frau Kowas sowie anderen Einrichtungen des Bezirks zusammen.

In ihrer Arbeit wird Frau Steyer-Fontana von einer weiteren Mitarbeiterin sowie zwanzig Honorarkräften unterstützt.

Die „Flotte Lotte“ hat sich natürlich weiterentwickelt. Das ursprüngliche Gründungsziel, dem verordneten Hausfrauendasein zu entfliehen und Geselligkeit zu entwickeln, ist durch den Wunsch, sich beruflich und persönlich weiterzuentwickeln und konkrete Problemlösungen zu entwickeln, ersetzt worden. Der Name aber - hergeleitet von einem Passiergerät - bleibt Programm.

Reinickendorf kann sehr froh sein über diese Einrichtung mit ihrer engagierten Leiterin und ihren Mitarbeiterinnen. *Beate Orth*

Am Rande Verfassungstreu?

Was macht denn Frau Merkel in der Parteischule Chinas - der Kaderschmiede des Kommunismus? Dort konnte man sie neulich, konzentriert lauschend, sehen. Eine Spielart des von ihr gerne praktizierten Kottaus? Den hat sie ja schon in höchster Vollendung im US-amerikanischen Kongress und in Israels Knesset vorgeführt. Erstaunlich, dass sie diese Kunst in Perfektion beherrscht.

Sicher wird sie dabei motiviert durch die wirtschaftlichen Interessen die Deutschland hat und fleißig pflegt. Man darf gespannt sein, wo sie sich noch in solcher Weise für ihr Land, für uns, einsetzen wird.

Doch Achtung Frau Merkel, der Verfassungsschutz, unser, der deutsche, hat überall seine Augen und Ohren. Diese, unsere „staatsbeschützende“ Organisation ist ob solchen Verhaltens der Bundeskanzlerin sicher alarmiert. Genau wie im Falle der Linken, die sich schon höchst verdächtig gemacht hat, als sie bei der letzten Bundespräsidentenwahl weder für Herrn Wulff (was man noch irgendwie nachvollziehen könnte) noch für Herrn Gauck gestimmt hat.

Denn eine Kanzlerin, die sich weltweit sichtbar mit Kommunisten einlässt, ist ja wohl mindestens genauso subversiv wie eine linke Partei, die es sich gestattet, eine eigene Meinung zu haben.

Oder verändert die Anwesenheit von Wirtschaftsbossen das Urteilsvermögen des Verfassungsschutzes? Ist DIE LINKE nur aus ideologischen Gründen dem Verfassungsschutz ein gefundenes Fressen?

Die wirklichen Leckerbissen lässt sich der Verfassungsschutz ja noch entgehen. Da wäre zum Beispiel die rechtsextreme, rassistische Partei „Pro Deutschland“. Aber Gefahr für die Verfassung droht ja in diesem unseren Lande immer nur von links.

Marion Kheir

Termine

Am 26. September - „Spaziergang der LINKEN Reinickendorf durch das Tegeler Fließ“.

Treffpunkt um 11 Uhr im Roten Laden, Schloßstr.22, Tegel.

Am 28. September von 11 bis 13 Uhr kostenloser „Sozial-Brunch“ im Roten Laden - Zwangloses Plauschen und Genießen zwischen privaten und politischen Themen.

Fotomontage:
Klaus Gloede



Die „Flotte Lotte“:
Senftenberger
Ring 25,
13435 Berlin,
Tel. 030- 4167011

Das Frauenfrühstück:
dienstags
von 10-12 Uhr

Für Frauen in
Krisensituationen:
Tel. 415 15 80

Impressum
Herausgeber:
Landesvorstand
Berlin der Partei
DIE LINKE,
V.i.S.d.P.:
Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf
wird vom
Bezirksverband
finanziert.

Spenden
sind ausdrücklich
erwünscht:
DIE LINKE,
Reinickendorf,
Berliner Bank,
BLZ: 100 708 48,
Kontonummer:
525 6078 00.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
redaktion@die-linke-
reinickendorf.de